

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher neue Zeitung. 1947-1949 1949**

64 (30.3.1949)

# KARLSRUHER NEUE ZEITUNG

Süddeutsche Allgemeine

Bezugspreis monatlich DM 1,40 einschließlich Trägergebühr, Postzustellung DM 1,20 zuzüglich Zustelgebühren. — Anzeigenpreise: Die sechs Spalten 46 mm breite Millimeterzeile Mißmeter-Grundpreis DM — 80, im übrigen siehe zur Zeit gültige Preisliste Nr. 3 a. — Postverkehrsamt: Postfachamt Karlsruhe Nr. 80 535.

Erscheint täglich, außer Donnerstag und Sonntag Redaktion, Verlagsabteilung, Vertrieb und Druck Karlsruhe, Waldstraße 28, Telefon 822923. (Dringend Presse) Adressengemeinschaft Karlsruhe, Kaiserstr. 69, Telefon 6642. Druck: Pflanzstraße 4, Bismarck, Leopoldstraße 4, Telefon 26. Kein Ersatzanspruch bei Störung durch höhere Gewalt.

3. Jahrgang Nummer 64

Karlsruhe, Mittwoch, 30. März 1949

Einzelpreis 20 Pfennig

## Gültigkeit des Potsdamer Abkommens verneint

General Clay: Wiederholte schwere Verletzung des Abkommens durch die Sowjets entbindet die USA von ihren Verpflichtungen

Montgomery zur deutschen Konkurrenz

ALTON (England), 29. März. (UP) Feldmarschall Viscount Montgomery, der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der Westunion, erklärte, Deutschland und Japan müßten die Genehmigung erhalten, ihre Industrie für den Weltmarkt wieder in Gang zu bringen. Montgomery hielt seine Rede vor der Handelskammer von Alton. Er wies darauf hin, daß er eine Anzahl Reisen auf dem Kontinent gemacht habe. Er sei zur Überzeugung gelangt, daß sich im Wirtschaftsleben eine scharfe internationale Konkurrenz entwickeln werde. „Der Schatten der deutschen Konkurrenz ist am Horizont sichtbar geworden. Sie wissen es besser als ich, daß Japan auch mit einer Konkurrenz Japans rechnen muß. Die Japaner können sehr billig produzieren.“ Montgomery betonte, daß Großbritannien dieser Gefahr einer internationalen Konkurrenz begegnen müsse, indem es erstklassige Waren so billig und so schnell wie möglich herstelle.

US-Soldaten in Prag verurteilt

PRAG, 29. März. (DENA-Reuters) Zwei amerikanische Soldaten, mit denen die amerikanischen Behörden seit Dezember vergeblich versuchten, Verbindung aufzunehmen, sind nach einer Mitteilung vom Prager Staatsgerichtshof zu zehn bzw. zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Sie wurden der Spionage für schuldig befunden. Das Urteil fiel in Kreisen der amerikanischen Botschaft, die nicht über das Geheimprozeß informiert worden war, starkes Aufsehen erregt. Amerikanische Kreise erklärten, daß die beiden Soldaten seit Anfang Dezember von ihren in Deutschland stationierten Einheiten vermisst und als Deserteure betrachtet werden. Berichte, wonach die beiden Soldaten über die Grenze geschickt wurden, um in der Tschedoslowsker Spionage zu treiben, werden von diesen Kreisen entschieden dementiert.

Truman über Amerikas Verpflichtungen

USA vor großen Problemen in der westlichen und östlichen Hemisphäre

WASHINGTON, 29. März. (UP) Präsident Truman erklärte anläßlich eines zu Ehren des neuernannten amerikanischen Verteidigungsministers Louis Johnson veranstalteten Banketts, daß sich die Vereinigten Staaten sowohl in der westlichen als auch in der östlichen Hemisphäre „großen Problemen“ gegenübersehen. Die USA seien darum bemüht, mit diesen Problemen auf die bestmögliche Weise fertigzuwerden.

Ohne auch nur ein einziges Mal die Sowjetunion beim Namen zu nennen, stellte Truman fest, daß die Welt gegenwärtig durch eine schwere Krise gehe und daß dem neuen Verteidigungsminister schwere Aufgaben bevorstünden. Truman betonte, er sei davon überzeugt, daß in einer nach Jahren durchgeführten objektiven Geschichtsschreibung über die gegenwärtige Zeit die Außenpolitik der Vereinigten Staaten als richtig beurteilt werden wird. Er bedauerte, daß James Forrestal sein Amt als Verteidigungsminister niederlegte, fügte jedoch sofort hinzu, daß in der Persönlichkeit Johnsons ein ausgezeichnet

Quelle zum Wahlergebnis

PARIS, 29. März. (UP) In einer Erklärung zu den Wahlergebnissen sagte der französische Ministerpräsident Henri Queuille, das Volk habe ihm und seiner Regierung „neue Kraft“ verliehen, ihr Programm für den französischen Wiederaufbau voranzutreiben. Die Mehrheit habe unbestreitbar Vertrauen in die Regierung gezeigt.

Türkei anerkennt Israel

ANKARA, 29. März. (DENA-AFP) Die Türkei hat als erstes Land der mohammedanischen Glaubenswelt den Staat Israel anerkannt. Aus dem amtlichen Kommuniqué geht nicht hervor, ob es sich um eine De facto- oder De jure-Anerkennung handelt. Maßgebliche Kreise sind jedoch der Ansicht, daß es sich um eine De facto-Anerkennung handeln dürfte.

Welt-Rundschau

WASHINGTON (UP). General Dwight D. Eisenhower flog nach Key West, um sich dort zu erholen. — RANGUN. Zwischen burmesischen Regierungstruppen und Aufständischen sind heftige Kämpfe im Gange. — LODZ. Ein polnisches Militärgericht verurteilte einen katholischen Geistlichen zu vier Jahren Gefängnis, weil er in seinen Predigten geäußert hatte, die Religion werde in Polen verfolgt. — ANCONA. Drei jugoslawische Piloten trafen mit einem Motorboot in Italien ein. Sie besoldeten sich als Flüchtlinge. — TOULOUSE (UP). Durch einen Großbrand wurden über 600 ha Wald vernichtet. Wie sieht geschätztes Nordvietnam? (DENA)

BERLIN, 29. März. (DENA) General Clay erklärte laut Reuters am Montag in einem Presseinterview, daß die wiederholte schwere Verletzung des Potsdamer Abkommens durch die Sowjets die Vereinigten Staaten von ihren Verpflichtungen auf Grund des Potsdamer Abkommens entbinde. Einen Termin für die Aufnahme der Tätigkeit der neuen alliierten militärischen Sicherheitsbehörde konnte der Militärgouverneur nicht angeben. Er erklärte lediglich, daß diese Behörde gewisse Funktionen der Militärregierungen übernehmen werde. Diese Erklärung fand in diplomatischen Kreisen Washingtons große Beachtung. Sollte diese Erklärung eine offizielle Bestätigung erhalten, so könne man darin eine Kennzeichnung der gegenwärtigen internationalen Lage sehen, wenngleich durch sie praktisch lediglich Tatsachen anerkannt würden. Alle Bemühungen einer amerikanisch-sowjetischen Verständigung in der Deutschlandfrage und in allen anderen internationalen Fragen müßten demnach als gescheitert angesehen werden. In gewissen diplomatischen Kreisen glaubt man sogar, daß diese Erklärung, sofern Washington sie bestätigt oder zumindest nicht nur als rein persönliche Äußerung General Clays betrachte, die Ausgangsbasis bei den vorgesehenen Besprechungen zwischen Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Frankreich über die Zukunft Deutschlands darstellen könnte, besonders hinsichtlich einer Revision der im Potsdamer Abkommen festgelegten Einschränkungen der deutschen Produktion.

Keine weiteren Verhandlungen mehr mit Bonn

BERLIN, 29. März. (DENA) Nach Mitteilung eines hohen britischen Beamten in Berlin werden zwischen den alliierten Verbündeten und den Vertretern des Parlamentarischen Ra-

westlichen und östlichen Hemisphäre

zeichneter Nachfolger gefunden worden sei. Truman richtete an Forrestal die Aufforderung, an zukünftigen Kabinettsbesprechungen teilzunehmen, um dem Kabinett auch weiterhin mit seinen Ratschlägen zu dienen. Johnson erklärte in einer kurzen Erwiderung auf die Ausführungen Trumans, er hoffe, daß es möglich sei, die USA stark genug zu machen, um nicht nur den Frieden für Amerika, sondern den der ganzen Welt sichern zu können. Er versicherte, daß jede von ihm unternommene Maßnahme der Aufrechterhaltung des Friedens, und nicht der Vorbereitung eines Krieges dienen werde.

## General Clay besuchte Karlsruhe

„Der Militärgouverneur wird dem Austausch Nordbadens gegen Südwürttemberg nicht zustimmen“

KARLSRUHE, 29. März. (SAZ-Eig-ber) Der amerikanische Militärgouverneur für Deutschland, General Lucius Clay, stattete am Dienstagmorgen die Stadt Karlsruhe einen Besuch ab. Zu seiner Begrüßung, die vor dem Gebäude der Hauptpost stattfand, hatte sich unter anderem der Direktor der US-Militärregierung von Karlsruhe, Colonel Charles J. West, eingefunden. Tausende von Menschen umarmten die Straße. Der Oberbürgermeister der Stadt, Fr. Töpfer, überreichte dem General bei seinem Empfang ein Buch über den Wiederaufbau Karlsruhes sowie einen

Majolika-Geschenkeller. Anschließend nahm der Militärgouverneur, der sich in Begleitung von Major General Frank W. Milburn und Brigade-General Ralph J. Canine befand, die Parade einer Ehrenkompanie ab, die vor der Hauptpost Aufstellung genommen hatte. Im Anschluß daran fuhr General Clay nach Knielingen, wo er Einheiten der Besatzungstruppen besichtigte. Auch hier hatten sich mehrere tausend Menschen eingefunden, die der Parade vor General Clay beiwohnten. Infolge Zeitmangel konnte der Militärgouverneur am Spätnachmittag den

wies an ihre Regierungen zur Entscheidung weiterzuleiten.

Ungeheure Kohlenvorkommen sollen an Holland

DÜSSELDORF, 29. März. (DENA) Wie aus einer Mitteilung der Landesregierung in NRW hervorgeht, sehen die von den Alliierten beschlossenen Grenzveränderungen vor, daß Holland ein Gebiet im Seltkant erhält, in dem Steinkohlevorkommen von mehreren hundert Millionen Tonnen vorhanden sind, die bisher nicht aufgeschlossen oder bergrechtlich verliehen wurden. (In dem Kommuniqué der westlichen Militärregierungen über die Grenzveränderungen war ausgeführt worden, daß nur solche Vorschläge geprüft werden sollten, die keinen Verlust für die Wirtschaft nach sich ziehen.) Die Landesregierung NRW betonte in ihrer offiziellen Stellungnahme, daß

der Württemberg und Baden wiederherzustellen. Von einem behaupteten oberchwäbischen Separatismus könne mithin keine Rede sein. Eine Vertretung der „oberchwäbischen Belange“, weil es die Stuttgarter Bürokratie nie mit Oberschwaben gut gemeint habe, wird an offizieller Stelle als Unge-schicklichkeit bezeichnet.

Kein oberchwäbischer Separatismus

Konferenz in Waldsee war nur eine „Unge-schicklichkeit“

Eigenbericht unseres ts-Korrespondenten

TÜBINGEN, 29. März. Im Zusammenhang mit einer gewissen Reserve südwürttembergischer Kreise gegenüber dem Südwürttemberggedanken, zu dem zunächst eine klare Entscheidung der Militärgouverneure abgewartet werden müsse, verweisen südbadische Zeitungen auf eine in Waldsee stattgefundene Konferenz oberchwäbischer Politiker, die als Beweis dafür angesprochen wird, daß auch in Württemberg-Hohenzollern die Sympathien für die „Stuttgarter Bürokratie“ lange nicht mehr so eindeutig seien. Daneben besitze Südwürttemberg kein Recht, so wird außerdem in Südbaden argumentiert, über die vom Freiburger Staatspräsidenten Wohleb indirekt einberufene Bühler Geheimzusammenkunft Unwillen zu zeigen, wenn ähnliche Treffen hinter verschlossenen Türen auch im schwäbischen Raum stattfinden.

Urlaubsgesetz verlängert

STUTTGART, 29. März. (SAZ-Eig-ber) Der Sozialpolitische Ausschuß des Landtages stimmte in seiner Dienstag-Sitzung mit knapper Mehrheit der Verlängerung des sogenannten Urlaubsgesetzes um ein weiteres Jahr zu. Der Landtag hatte bereits in der vergangenen Woche eine weitere Verlängerung des ursprünglich am 1. April dieses Jahres abgelaufenen Gesetzes bis zum 30. April 1949 beschlossen. Diesem Gesetz zufolge ist der Arbeitgeber verpflichtet, jedem politisch Verfolgten, der mehr als ein Jahr politische Haft verbüßt hat, sowie einem Schwerbeschädigten und Blinden einen zusätzlichen Urlaub von 6 Arbeitstagen je Urlaubsjahr zu gewähren. Bei der Abstimmung über den von der KPD eingebrachten Initiativgesetzentwurf stimmten die Linksparteien geschlossen dafür, während bei der DVP und CDU die Fraktionen auseinanderfielen, so daß der Entwurf mit 9 zu 7 Stimmen angenommen wurde. Die Ausschußmitglieder gaben ihrer Hoffnung Ausdruck, daß dieses Landesgesetz in Kürze durch ein entsprechendes bi- bzw. trizonales Gesetz abgelöst werden soll. fr.

ste diesem einseitig verfügte Gebietsabtretungen keine Rechtswirksamkeit zuerkennen. Auch nach Auffassung der Alliierten könne eine Rechtswirksamkeit nur durch einen Vertrag zwischen den Beteiligten herbeigeführt werden. Wie aus der Mitteilung weiter hervorgeht, wird NRW von den Grenzveränderungen am stärksten betroffen. Von dem im alliierten Kommuniqué insgesamt angekündigten 130 Quadratkilometer abzuziehenden Gebieten entfallen 109 Quadratkilometer mit 14 800 Einwohnern auf NRW. Nach Informationen der Landesregierung soll Holland über diese Grenzänderungen hinaus noch weitere grundsätzliche Forderungen auf deutsches Gebiet erheben, während die belgischen Forderungen mit den verfügbaren Grenzänderungen abgetan sind.

Ministerpräsident Karl Arnold teilte am Montag auf der Konferenz der Grenzausschüsse von NRW, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz mit, daß deutsche Behörden nicht an den geplanten Grenzkommisionen mitarbeiten werden. Diese Kommissionen sollen nach dem alliierten Kommuniqué den genauen Verlauf der Grenze festlegen. Arnold ersuchte ferner die Abgeordneten der Ausschüsse, die ihnen bekannten Parlamentarier in Holland und Belgien dazu zu bewegen, ihre Parlamente zu einer Stellungnahme zu den Gebietsforderungen zu veranlassen. Die NRW-Landesregierung wird in Kürze im Grenzlandgebiet drei Protestkundgebungen

Heute Bellage DER KLEINE WELTBÜRGER

Gegen die geplanten Maßnahmen veranstalten. Darüber hinaus wird sich der Landtag in der nächsten Woche in einer Sonderdebatte mit der Grenzlandfrage beschäftigen.

Einigung in Demontagefrage?

LONDON, 29. März. (UP) Der amerikanische Botschafter, Lewis Douglas, hatte am Dienstag eine Konferenz mit dem französischen Botschafter, Rene Massigli und dem Leiter der Deutschlandabteilung im britischen Außenministerium, Sir Ivone Kirkpatrick, über Fragen der deutschen Industrie. Wie aus bester Quelle verlautet, haben sich die Vertreter der drei Westmächte in der Demontagefrage dahin geeinigt, daß 150 deutsche Industriewerke von insgesamt 167 von der Demontageliste gestrichen werden. Diese Einigung soll jedoch nur dann in Kraft treten, wenn auch eine Einigung in der Frage der „verbotenen Industrien“ erzielt wird. Wie weiter verlautet, haben die USA sich bereits seit einiger Zeit bemüht, die Produktion der deutschen Industrie im Interesse des Wiederaufbaus Europas zu erhöhen, während Frankreich und Großbritannien aus Sicherheitsgründen eher geneigt waren, das deutsche Industriepotential zu vermindern.

Westmark für SED-Funktionäre

BERLIN, 29. März. (DENA) Eine Reihe von Personen, die in den Berliner Westsektoren wohnen und in irgendeiner Weise für die Ziele der Kommunisten arbeiten oder wichtig erscheinen, erhalten nach Mitteilung aus informierten Kreisen der Sowjetzonenverwaltung und der Berliner SED mit stillschweigender Billigung des Ostmagistrats im Sowjetsektor einen Teil ihrer Bezüge in der „ungesetzten“ Westwährung. Die Kreisleiter und die stellvertretenden Kreisleiter der SED in den Westsektoren erhalten nach Angaben aus SED-Kreisen ihre Bezüge teilweise bis zu 25 Prozent in Westmark. Diese Westmarksummen werden den SED-Funktionären aus einem besonderen Fonds der Partei zur Verfügung gestellt.

Pieck contra Reuter

BERLIN, 29. März. (UP) Der SED-Vorsitzende Wilhelm Pieck nannte den in den USA weilenden Berliner Oberbürgermeister, Professor Ernst Reuter, den „schlimmsten Feind des deutschen Volkes“. In einem im SED-Organ „Neues Deutschland“ erschienenen Artikel stellt Pieck fest, Reuter sei ein „unverschämter Lügner“, wenn er vor der amerikanischen Öffentlichkeit behauptet, daß die Sowjetunion in Deutschland eine Diktatur aufzurichten wolle.

Großfeuer in Offenburg

OFFENBURG, 29. März. (DENA) In einer Offenburger Spinnstoffwarenfabrik brach durch Funkenflug ein Großfeuer aus, das einen Sachschaden von 30 000 DM verursachte.



Links: Der Militärgouverneur bei seiner Ankunft auf dem Flugplatz. — Mitte: General Clay wird vor der Hauptpost begrüßt. — Rechts: Der General besichtigte anschließend in Knielingen Einheiten der Besatzungsarmee. (Aut. Foto-Bauer.)





HANDEL UND WIRTSCHAFT

Die Post als Kreditgeber

„Wieso kann die Post Kredite geben? Wenn sie so große Überschüsse hat, sollte sie ihre Gebühren senken und so der Allgemeinheit nützen.“ Diese nicht selten zu hörende Auffassung wird der Sache nicht gerecht.

Die viel diskutierten Kreditmittel stammen aus den der Post anvertrauten, den sogenannten durchlaufenden Geldern. Das sind Einlagen auf Postcheck- und Postsparkonten, ferner mit Postanweisung, Nachnahmen oder Postauftrag in Kassen der Post geflossene Gelder.

Die Post kann keine eigenwillige Kreditpolitik treiben. Von den gesamten Postscheckeinlagen sind zunächst 10 Mill. bei der Bank Deutscher Länder und außerdem die gesetzliche Mindestreserve (z. Zt. 15 Prozent) bei der Landeszentralbank zu halten.

Millionen zur Einlagerung der Karloffelerte 1948, die im Rahmen dieser Bedingungen gegeben wurden. Nur wenn die Postscheck- oder auch die Postsparkonten zunehmen, erweitert sich auch der Spielraum der Post, weitere Kredite zu geben.

Bessere Lage der Stromversorgung STUTTGART (SAZ) Infolge ausgeübter Regenfälle hat sich die Stromversorgungslage Württemberg-Badens wesentlich gebessert.

880 Mill. Dollar Amerikahilfe für die Bizone

FRANKFURT (SAZ). Wie das Zweimächtekontrollamt bekanntgibt, beträgt die Gesamthilfe für die Bizone aus amerikanischen Mitteln für das Finanzjahr 1949/50 nunmehr endgültig 880,6 Mill. Dollar.

Westzonen-Fachzeitschriften ist der Titel eines Prospektes der Firma Annoncen-Expedition Carl Foerster, Düsseldorf, Königallee 58.

Im Spiegel der Tabellen

Table with 3 columns: Team Name, Points, Goals. Divided into Oberliga West and Oberliga Nord.

Gewinne beim 25. Fußball-Toto. Beim 25. Fußball-Toto sind insgesamt 783.900 DM auf gekommen.

SCHAUBURG Marienstr. 16 Ruf 7986 Täglich um 15.30, 18.00 und 20.30 Uhr: DER GROSSE LACHERFOLG: Dreimal Komödie

KURBEL Morgen letzter Tag! 11, 13, 15, 17, 19, 21 Uhr. PALAIS Café - Bar Ruf 4713 Haus der promin. Tanzkapellen

PASSAGE-PALAST Vom 1. bis 30. 4. 1949, täglich 20 Uhr Große internationale Berufs-Ringkämpfe

Kraxis - Dentisten Dr. Jackl, Littenhardstr. 21. Immobilien Haus mit gr. Garten u. Platz für Geschäftszwecke gesucht.

Stoffe! Kleider-Musselins ca. 80 cm breit, mit 3.40 2.95. Finette für Nachthemden ca. 80 cm breit mit weiß 3.25

Große STOFF-RESTE zu den billigsten Preisen! HÖLSCHER Das Haus mit den gepflegten Spezial-Abteilungen

Antliche Bekanntmachungen Kondensmilch. Es werden aufgenommen 2 Dosen Kondensmilch für 3 Kinder von 8-10 J.

Sonderverselgerung Infolge Geschäftsauflösung ein Schuldner und einer Forderungspension werden am Freitag, 1. April, 9-17 Uhr, im Saal d. Restaurants „Zum Leinweber“.

Kaufen Sie Sinda's sofort - die Wahrheit ist schnell vertraulich! Sinda's in der schmeckt!

Zu verkaufen 2 Bettstellen mit Mat. Hartstr. 7, 11. Wegen Geschäftsauflösung an schnell entschlossen Interessenten Wartenbestand (Glas, Porzellan, Haus-, Küchengeräte u. Spielwaren) i. Wert v. DM 3000,-

Zu kaufen gesucht 1 Holzregal f. Laden zu kaufen gesucht. Anlan-Brücken-Str. 13, I. f. Schreiftisch, ges. Ang. 3191 SAZ Khe.

Besser schlafen müde nos. „Exercus“ Nervenerkennung- und Schlafmittel, ein Auszug aus waldschwedischen Kräutern und Früchten, stärkt die Nerven, vertieft den Schlaf und macht ihn noch regenerierender.

Rote Radler Gepäck- und Möbeltransport schiedl. Billig. Zähringerstraße 64 - Telefon Nr. 8131

Was bringt der Osterhase für unsere Kleinen? Fondant-Halbeier 2 Stück ... 25. Guterfiguren 100 gr. ... 30. Bananen-Kremel 100 gr. ... 20. Kristall-Eier 100 gr. ... 60. Streusel-Eier 100 gr. ... 35. Bragee-Eier 100 gr. ... 40. Fondant-Halbeier rot u. braun 100 gr. ... 40. Zuckerhasen rot u. braun 100 gr. ... 36. KAUFHAUS HÖLSCHER

RADIO neuere Modelle Blaupunkt, Saba, Philips etc. Bequeme Teilzahlung! Kleinstempfänger 105.- DM

la. Zement-Falzziegel (rot) und Firziegel laufend lieferbar. Rich. Kibhn Artilleriekaserne, Eingang Kufmaulstr.

PREISRATSLS Außerdem stehen zahlreiche Trostpreise zur Verfügung. Aus dem Silben: bel - ber - bo - borg - da - el - el - eng - feid - gar - ge - gl - hü - in - laud - meil - mer - me - ra - roe - tow